



29. Nov. 1995

14. November 1995

An den Bundesrat

Gründung einer Stiftung "Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik" (GZS)

Aufgrund des Antrags des EMD vom 14. November 1995
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens und der Beratung wird

Gründung einer Stiftung "Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik" (GZS) beschlossen:

1. Der Gründung einer Stiftung „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik“ wird zugestimmt.
2. Die Stiftungsurkunde wird genehmigt.
3. Der Vorsteher des EMD wird ermächtigt, die Stiftungsurkunde zu unterzeichnen.
4. EMD und EDA werden ermächtigt, die jeweiligen Vertreter ihrer Departemente im Stiftungsrat zu bezeichnen.
5. Die im Mitbericht EJPD aufgeworfenen juristischen Probleme werden bilateral bereinigt.

Für getreuen Protokollauszug:

Alvise M. Müller

Protokollauszug an:
 ohne / mit Beilage

z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
X		EMD	10	-
	X	EFD	7	-
		EVD		
		EVED		
	X	BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-





CH-3003 Bern 14. November 1995

An den Bundesrat

Ihr Zeichen
 Votre référence
 Vostro segno

Ihre Nachricht vom
 Votre communication du
 Suo comunicazione del

Unser Zeichen 308.223
 Notre référence
 Nostro segno

☎ 031 / 67

Gründung einer Stiftung "Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik" (GZS)

1. Zusammenfassung

Der Bundesrat hat im Bericht zur Sicherheitspolitik 90 sowie im Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren deutlich gemacht,

- dass Sicherheit und Frieden Kernziele der Aussen- und Sicherheitspolitik sind;
- dass Beiträgen der Schweiz zur Förderung der Stabilität des internationalen Umfelds eine erhöhte Bedeutung zukommt;
- dass neben institutionellen Aspekten die Stärkung der operationellen Dimension der Aussen- und Sicherheitspolitik, insbesondere im Bereich der Präventivdiplomatie sowie der Stabilitäts- und der Friedenssicherung, eine vorrangige Aufgabe der 90er Jahre ist.

Die angestiegene Bedeutung der ausgreifenden Komponente der Aussen- und Sicherheitspolitik resultiert in einem erhöhten Bedarf von Bundesverwaltung (EDA, EMD) und Armee nach sicherheitspolitischer Aus- und Weiterbildung.

Das EMD will in enger Zusammenarbeit mit dem EDA und weiteren Partnern im Rahmen der Reform EMD 95 (Einzelprojekt 14) diese Ausbildungsbedürfnisse durch den schrittweisen und bedürfnisorientierten Ausbau des bestehenden und bewährten Programms zur Ausbildung sicherheitspolitischer Experten (Programm SIPOLEX) zu einem „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik“ im Rahmen der bewilligten Kredite und Finanzplanung budgetverträglich abdecken. Gleichzeitig soll ein sichtbarer Beitrag zu Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa geleistet werden, dem internationale Wertschätzung sicher ist.

Der Bundesrat wird um die Ermächtigung gebeten, die "Stiftung Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik" zu gründen.

2. Absicht

2.1. *Sicherung und Ausbau des Programmes SIPOLEX*

Im Auftrag des EMD wird seit 1986 jedes Jahr in Genf ein Ausbildungskurs für sicherheitspolitische Experten des EMD und des EDA (Programm SIPOLEX) durchgeführt, zu dem seit 1989 auch ausländische Diplomaten, Offiziere und Beamte eingeladen werden. Heute werden die angehenden aussen- und sicherheitspolitischen Kader von rund 20 OSZE-Staaten im Rahmen dieses neunmonatigen Kurses ausgebildet. Der Kurs ist in seiner Art einzigartig und genießt international hohes Ansehen.

Die bisherigen Unterrichtsräumlichkeiten im GATT-Gebäude werden mit der Errichtung des Sitzes der Welthandelsorganisation in Genf verlorengehen. Die Beschaffung eines Realersatzes ist dringlich.

Gleichzeitig muss der stark angestiegenen Nachfrage am bestehenden Kurs Rechnung getragen werden. Mehrere Staaten entsenden heute 2-3 Teilnehmer pro Jahr. Es besteht eine Warteliste von 10 weiteren Staaten sowie der EU-Kommission, die ebenfalls Fachpersonal in Genf ausbilden möchten. Die Kursabsolventen sind unsere künftigen Verhandlungspartner. Es liegt in unserem Interesse, dieser Nachfrage durch einen schrittweisen Ausbau des Programmes Rechnung zu tragen.

2.2. *Befriedigung zusätzlicher Aus- und Weiterbildungsbedürfnisse*

Die erhöhten Bedürfnisse von Verwaltung und Armee sowie die starke Nachfrage des Auslands erfordern neben dem Ausbau des bestehenden Kurses, seine Ergänzung durch spezialisierte, kürzere Kurse und Seminare, deren Dauer - je nach Zielgruppe - einige Tage bis 3 Monate betragen soll. Durch Abstützung dieser ergänzenden Kurselemente auf die Infrastruktur des SIPOLEX-Kurses und dessen schrittweisen Ausbau zu einem „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik“ können erhebliche Synergie-Effekte ausgelöst und Einsparungsmöglichkeiten ausgenutzt werden.

Die sicherheitspolitische Weiterbildung höherer Stabsoffiziere, Verteidigungsattachés, Personal für OSZE-Missionen, ausgewählten Beamten sowie Berufs- und Milizkadern der Armee stehen für das EMD dabei im Vordergrund. Die entsprechenden Bedürfnisse wurden vom Generalstabschef aufgelistet und von Geschäftsleitungsausschuss und Geschäftsleitung des EMD gebilligt. Das EDA weist analoge Bedürfnisse aus.

Das „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik“, das die Aus- und Weiterbildung dieses Personals in Form von internationalen Kursen übernehmen soll, ist keine weitere akademische Lehranstalt, sondern soll ein in seiner Art einzigartiges, spezialisiertes Zentrum zur Ausbildung von Beamten von EDA, EMD, unseren OSZE-Partnern und internationalen Organisationen werden.

Es werden keine Doppelspurigkeiten mit bestehenden Zentren geschaffen. Die vorgeschlagene Diversifizierung der sicherheitspolitischen Aus- und Weiterbildung wurde in enger Koordination mit dem EDA, den Militärischen Führungsschulen und dem Kdo Generalstabskurse sowie in Zusammenarbeit

mit dem Nationalfonds, den Schweizer Universitäten, insbesondere dem Institut universitaire de hautes études internationales und der ETHZ, erarbeitet.

Die Aktivitäten des Zentrums sollen sich auf die folgenden Gebiete erstrecken:

- Ausbildung von zivilen Beamten, Armeeangehörigen und Diplomaten;
- Erarbeitung entsprechender Unterrichtsunterlagen;
- Organisation von Tagungen und Seminaren in internationaler Sicherheitskooperation;
- Zusammenarbeit mit anderen sicherheitspolitischen Ausbildungszentren.

2.3. *Enge Zusammenarbeit mit Partnern*

Es erscheint sinnvoll, diesen notwendigen Ausbau der aussen-, sicherheits- und friedenspolitischen Ausbildung in Zusammenarbeit mit Drittpartnern vorzubereiten und durchzuführen. Dies reduziert die Kosten und verspricht zusätzliche Synergie-Effekte. Die Vorgehensweise ermöglicht zudem, die Befriedigung unserer eigenen Aus- und Weiterbildungsbedürfnisse in den grösseren Rahmen einer internationalen Partnerschaft zur Stärkung der Sicherheit und Stabilität in Europa einzufügen, der aussenpolitische Beachtung sicher ist.

Detaillierte Abklärungen des EMD zeigen, dass mehrere OSZE-Staaten, die Vereinten Nationen, das IKRK und der Kanton Genf bereit sind, den Projektgedanken aktiv mitzutragen.

Die Partner der Eidgenossenschaft (siehe Punkt 4) wollen das gemeinsam zu schaffende Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik nicht nur politisch, sondern auch finanziell und materiell unterstützen. Umfang und Art dieser konkreten Unterstützung variieren dabei von Partner zu Partner. Einzelne Partner wollen, unter Uebernahme aller Kosten, Aktivitätsbereiche (Ausbildungsprogramme, Forschungselemente) in das zu schaffende neue Zentrum verlegen. Andere sind bereit, dem Zentrum auf eigene Kosten Mitglieder des Lehrkörpers zur Verfügung zu stellen. Einzelne Partner (Grossbritannien, Polen, Schweizer Wirtschaft) sind zu direkten finanziellen Beiträgen bereit. Alle Partner werden auf eigene Kosten Gastreferenten (insgesamt rund 120-150 pro Jahr) stellen und eine enge Koordination zwischen den Genfer Zentrum und ihren nationalen Ausbildungs- und Forschungsstätten in die Wege leiten.

2.4. *Gründung einer Stiftung*

Mit dem vorliegenden Antrag bitten wir den Bundesrat um Zustimmung zur Gründung und zum Beitritt zu einer Stiftung, die ein aussen- und sicherheitspolitisches Ausbildungszentrum in Genf ("Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik") betreiben soll.

Das Zentrum soll ab 1.1.1996 schrittweise, bedürfnisorientiert und im Rahmen der verfügbaren Mittel zu einem flexiblen Instrument der Kadenschulung ins-

besondere im EMD und EDA, aber auch zugunsten der europäischen Staatengemeinschaft werden.

Das Projekt stärkt die operationelle Dimension der Aussenpolitik im Sinne des Berichts über Aussenpolitik in den 1990er Jahren, besonders im Hinblick auf die schweizerische Präsidentschaft der OSZE.

2.5. Nutzung von Marktnischen und Stärkung der Stellung Genfs

Das Projekt will die Stellung Genfs als internationale Begegnungsstätte im friedenspolitischen Bereich stärken. Diese wurde in der Vergangenheit durch Gipfeltreffen und Genf als Sitz von Rüstungskontrollverhandlungen getragen. Gipfeltreffen müssen heute aber nicht mehr zwingend auf neutralem Boden stattfinden, und die Rüstungskontrollverhandlungen haben an Umfang und Bedeutung verloren. Das „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik“ will Genf die Aus- und Weiterbildung der sicherheitspolitischen Führungskader des Europa von morgen sichern.

Hierzu nutzt das vorgeschlagene Projekt nicht nur das bestehende Ausbildungsprogramm SIPOLEX, sondern vernetzt dieses über Stiftung und Zentrum mit den interessierten in Genf ansässigen internationalen Organisationen und unseren wesentlichsten OSZE-Partnern. Damit entspricht das Projekt dem Gedanken der Nutzung und Optimierung von Marktnischen. Es könnte, gemäss dem zuständigen Stv UNO-Generalsekretär, dazu beitragen, die Abwanderung von entsprechenden UNO-Institutionen nach New York zu stoppen. Angesichts des positiven internationalen Echos auf die Initiative ist davon auszugehen, dass der Gedanke, wird er nicht von der Schweiz realisiert, über kurz oder lang von einem Dritten verwirklicht wird. Entsprechend stark ist das Interesse der Genfer Regierung am Projekt.

3. Rechtsform, Organisation

Das Zentrum soll unter Federführung des Bundes und in Form einer Stiftung geschaffen werden. Der Kanton Genf, die Vereinten Nationen und bisher 9 OSZE-Staaten sind bereit, dieser Stiftung ebenfalls als Gründungsmitglied beizutreten und ihre Tätigkeit politisch und materiell zu unterstützen.

Die Rechtsform einer *Stiftung* empfiehlt sich aus folgenden Gründen:

- Sie erlaubt es dem Kanton Genf, internationalen Organisationen, den interessierten OSZE-Staaten und weiteren Partnern, in das Zentrum eigene finanzielle und personelle Ressourcen einzubringen, um dem Stiftungszweck entsprechende Aktivitäten durchzuführen. Diese Beiträge von Partnern schliessen alle Investitionskosten sowie einen wesentlichen Teil der laufenden Kosten ein.
- Sie erlaubt es, einen internationalen Stab von Lehrkräften zu unterhalten, die auf dem Gebiet der Aussen- und Sicherheitspolitik über ausgewiesene Expertise verfügen.

- Sie erleichtert die Kooperation mit Privaten, vor allem der Privatwirtschaft, die grundsätzlich bereit ist, das Zentrum zu unterstützen.

Der beiliegende Entwurf der Stiftungsurkunde enthält die üblichen Bestimmungen.

Der Bundesrat hat die Oberaufsicht über die Stiftung. Der *Stiftungsrat* besteht aus 10-25 Mitgliedern und tagt jährlich mindestens zweimal. Das EMD stellt den Vorsitzenden des Stiftungsrats, in dem EMD und EDA mit weiteren Mitgliedern vertreten sein werden. Drittpartnern, die wesentliche Beiträge zum Zentrum leisten, kann ein Sitz im Stiftungsrat angeboten werden. Das aus fünf Mitgliedern bestehende *Bureau* ist mit den für eine flexible Geschäftsführung notwendigen Kompetenzen ausgestattet. Seine Zusammensetzung gewährt eine Ausrichtung der Aktivitäten auf die Bedürfnisse und Interessenschwerpunkte der Eidgenossenschaft.

4. Gründungsmitglieder der Stiftung

Abklärungen des EMD haben gezeigt, dass die Gründung einer Stiftung zur Führung eines solchen Zentrums international auf grosses Interesse stösst. Verbindliche Zusagen, als Gründungsmitglied der Stiftung beizutreten, liegen gegenwärtig seitens folgender Partner vor:

- Kanton Genf
- Institut universitaire de Hautes Etudes Internationales (Genf)
- Schweizerische Privatwirtschaft
- Deutschland
- Finnland
- Frankreich
- Oesterreich
- Polen
- Schweden
- Tschechische Republik
- Ungarn
- Vereinigte Staaten von Amerika
- Vereinte Nationen

Das IKRK ist an einer engen Zusammenarbeit mit der Stiftung interessiert und will mit ihr einen Kooperationsvertrag abschliessen.

Die Verhandlungen über den Stiftungsbeitritt sind mit der Russischen Föderation noch im Gange und dürften in Kürze positiv abgeschlossen werden. Grossbritannien hat der Stiftung verbindlich finanzielle Unterstützung und eine enge Zusammenarbeit zugesagt. Belgien und die Ukraine haben ihr Interesse an einem späteren Beitritt zur Stiftung angemeldet. Die entsprechenden Verhandlungen stehen noch an.

Mehrere akademische Zentren, die sich mit aussen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen, haben ihre Absicht bekundet, eng mit der vorgeschlagenen Stiftung zusammenzuarbeiten (ETHZ, Universität Zürich), bzw ihre Tätigkeit später unter Uebernahme der Kostenfolgen in das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik zu verlegen (Centre appliqué de la négociation internationale). Die mit dem Friedensnobelpreis 1995 geehrten Pugwash Conferences sind bereit, ihr Hauptquartier von Rom in das geplante Zentrum zu verlegen.

5. Infrastruktur

Die Raumfrage wird gemeinsam mit dem Kanton Genf geregelt. In einer ersten Phase sollen die erforderlichen Räume gemietet werden. Geeignete Objekte sind vorhanden. Mittelfristig ist ein Neubau vorgesehen. Die diesbezüglichen Mittel (Fr. 15 Mio.) werden vom Kanton Genf gemäss dem Finanzierungsmodell kantonaler Waffenplätze übernommen, d.h. auf vertraglicher Grundlage würde Genf die Investitionskosten aufbringen und vom Bund dafür entschädigt werden.

6. Ressourcen, Finanzen

Die Kosten des Zentrums verteilen sich auf alle Partner, im Verhältnis zu ihren jeweiligen Nutzungsbedürfnissen. Der Anteil des EMD (1996: Fr. 1,46 Mio., im Endausbau nicht über Fr. 3,5 Mio.pro Jahr) kann budgetkonform vollständig im Rahmen der bewilligten Kredite und der bestehenden Finanzplanung bestritten werden. Die Aktivitäten des EDA werden ihrerseits vollumfänglich aus bestehenden Krediten finanziert. Der Bundesrat wird daher zur Realisierung dieses Projektes nicht um die Bewilligung zusätzlicher Mittel gebeten.

Drittpartner sind bereit, Aktivitäten im Gesamtvolumen von Fr. 3-5 Mio. pro Jahr in das Zentrum einzubringen sowie die Beiträge an die laufenden Kosten in der Höhe von rund Franken 6-10 Mio. während der laufenden Legislaturperiode zu leisten. Entsprechende Verpflichtungen von seiten der anderen Gründungsmitglieder liegen vor. Dies schliesst die Stellung von mehr als der Hälfte des Lehrkörpers und von 60-70% der Gastreferenten ein. Der Kostenanteil des Bundes am Gesamtprojekt wird im Aufbaujahr 1996 rund 50% betragen und dann prozentual bis zum Erreichen des Vollausbau im Jahre 2000 auf weniger als ein Drittel absinken. Es erscheint, angesichts der noch laufenden Verhandlungen, denkbar, wenn nicht wahrscheinlich, dass sich dieses Bild in den nächsten Monaten noch stärker zugunsten des Bundes verändern wird.

7. Aemterkonsultation

Die Politische Direktion des EDA ist mit dem vorliegenden Antrag einverstanden. Das EDA ist interessiert, aktiv am Projekt mitzuarbeiten und mit einem Vertreter im Stiftungsrat vertreten zu sein.

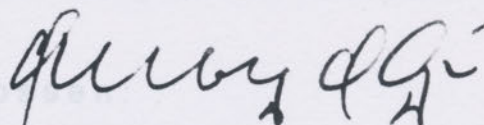
Die Eidgenössische Finanzverwaltung, das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements des Innern und das Bundesamt für Bildung und

Wissenschaft wurden konsultiert. Ihre wertvollen Anregungen wurden in das Projekt integriert. Sie sind mit dem Antrag einverstanden.

8. Antrag

Wir beantragen Ihnen, dem beigelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDG. MILITÄRDEPARTEMENT



Adolf Ogi

Beilage: Entwurf der Stiftungsurkunde

Zum Mitbericht an:

- BK
- EDA
- EDI
- EFD

Protokollauszug an:

- BK 4 z.V.
- EDA 2 z.K.
- EMD 10 z.V.
- EFD 2 z.K.

für getreuen Protokollauszug:

ACTE DE FONDATION

Gestützt auf den Antrag des EMD vom 14.11.1995 wird

DENOMINATION, SIEGE, DUREE, BUT, LANGUES DE TRAVAIL

beschlossen:

Article premier :

1. Der Gründung einer Stiftung „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik“ wird zugestimmt.
2. Die Stiftungsurkunde (Anhang) wird genehmigt.
3. Der Vorsteher des EMD wird ermächtigt, die Stiftungsurkunde zu unterzeichnen.
4. EMD und EDA werden ermächtigt, die jeweiligen Vertreter ihrer Departemente im Stiftungsrat zu bezeichnen.

siège de la Fondation est à Genève où elle est inscrite au Registre du Commerce.

durée de la Fondation est indéterminée

für getreuen Protokollauszug:

Article deuxième :

but

La Fondation a pour but de promouvoir activement la coopération et le maintien de la Paix, de la sécurité et de la stabilité en Europe et dans le monde.

ACTE DE FONDATION

TITRE I

DENOMINATION, SIEGE, DUREE, BUT, LANGUES DE TRAVAIL

Article premier :

dénomination, siège, durée

Sous la dénomination "CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE", "GENFER ZENTRUM FUR SICHERHEITSPOLITIK", "GENEVA CENTER FOR SECURITY POLICY", il est constitué une fondation de droit privé régie par les présents statuts et par les art. 80 et ss du Code Civil Suisse.

Le siège de la Fondation est à Genève où elle est inscrite au Registre du Commerce.

La durée de la Fondation est indéterminée.

Article deuxième :

but

La Fondation a pour but de promouvoir activement la construction et le maintien de la Paix, de la sécurité et de la stabilité en Europe et dans le Monde.

Dans ce but, le CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE entend exercer notamment les activités suivantes :

1. Organiser des cours de formation pour les fonctionnaires, les diplomates et les militaires.
2. Promouvoir la recherche sur les thèmes relevant en matière de sécurité internationale, de stabilité et de paix en Europe et dans le Monde.
3. Organiser des conférences, des séminaires et toutes autres rencontres destinés à des échanges sur les questions ayant trait à la sécurité et à la coopération européenne et internationale.
4. Afin de créer des synergies, le CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE peut coopérer avec tout centre académique dans le monde, notamment avec l'Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales de Genève.

Article troisième :

langues de travail

Les organes de la Fondation travaillent en anglais et en français.

Les activités du CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE sont conduites en anglais ou en français. D'autres langues peuvent être admises le cas échéant.

TITRE IIRESSOURCESArticle quatrième :ressources

Les fondateurs dotent la Fondation d'un capital initial de francs 20'000.-- (vingt mille).

Les fondateurs ont l'intention de faire à la Fondation de nouveaux apports, en pleine propriété, en nue propriété, en nature ou "en industrie" en mettant notamment à disposition du CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE du personnel qualifié et des experts.

La Fondation peut en outre recevoir des dons et des legs de tierces personnes.

Les ressources de la Fondation comprennent en outre les revenus de ses avoirs en pleine propriété ainsi que le produit de ses activités.

Article cinquième :emploi

En cas de vente des biens de la Fondation ou de leur changement, le emploi et le bénéfice réalisé seront intégralement affectés à la Fondation.

Dans ce but, le CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE entend exercer notamment les activités suivantes :

Article sixième :

utilisation

1. Organiser des cours de formation pour les fonctionnaires, les diplomates et les militaires.

Le Conseil de Fondation utilise les revenus de la Fondation en conformité des présents statuts et du but de la Fondation.

TITRE III

ORGANISATION

Article septième :

organes de la Fondation

Les organes de la Fondation sont :

1. Le Conseil de Fondation

2. Le Bureau

3. L'Organe de Contrôle

A.- LE CONSEIL DE FONDATION

Article huitième :

composition

Le Conseil de Fondation se compose de 10 à 25 membres.

Le Conseil de Fondation comprend impérativement 5 représentants désignés par la Confédération Suisse ainsi qu'un représentant par membre fondateur ou Etat ou organisation qui contribue activement à la réalisation du but du CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE.

Article neuvième :

durée

La durée du mandat des membres du Conseil de Fondation est de quatre ans, renouvelable.

Article dixième :

désignation

Pour être membre du Conseil de Fondation, il faut être présenté par un membre fondateur ou un Etat ou une organisation qui contribue activement à la réalisation du but du CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE et avoir démontré s'être engagé personnellement dans les questions liées à la politique de sécurité.

Le premier Conseil de Fondation est désigné par les membres fondateurs.

Article onzième :

renouvellement du Conseil de Fondation

Le renouvellement du Conseil de Fondation se fait par cooptation à la majorité des deux tiers des membres présents et selon les critères des articles huitième et dixième des présents statuts.

Les personnes morales, membres fondateurs, Etat et organisations désignent les personnes à coopter au Conseil de Fondation.

Article douzième :

organisation

Le Conseil de Fondation désigne son Président, son Secrétaire et son Trésorier.

Le Président et le Secrétaire doivent être choisis parmi les membres du Conseil de Fondation désignés par la Confédération Suisse.

Le Conseil de fondation se réunit au moins une fois par année.

Le Président convoque le Conseil de Fondation en cas de besoin ou à la demande de trois membres du Conseil de Fondation.

Article treizième :

Compétences du Conseil de Fondation

a) Compétences générales

Le Conseil de Fondation est l'organe suprême de la Fondation.

Le Conseil de Fondation travaille à la réalisation du but de la Fondation en soutenant les activités du CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE, en appuyant politiquement ses objectifs et en contribuant de manière active à l'établissement d'effets de synergie entre les différentes actions du CENTRE DE POLITIQUE DE SECURITE - GENEVE.

b) Compétences financières

Le Conseil de Fondation est investi de tous les pouvoirs pour gérer et administrer la fortune et les revenus de la Fondation. Il est responsable de cette gestion.

Le Conseil de Fondation adopte notamment le budget annuel et édicte les règlements nécessaires à la bonne marche de la Fondation.

Ces règlements et leurs modifications éventuelles doivent être soumis à l'Autorité de Surveillance.

Le Conseil de Fondation établit et adopte chaque année un rapport écrit de gestion dont une copie est signée et remise à l'Autorité de Surveillance.

Le Conseil de Fondation dresse, à la fin de l'exercice annuel, un bilan et un compte de pertes et profits.

c) Décisions

Les décisions du Conseil de Fondation se prennent à la majorité des membres présents.

En cas d'égalité de voix, celle du Président est prépondérante.

Le Conseil de Fondation ne peut adopter des propositions de modifications de statuts qu'à la majorité des deux tiers des membres présents, lesdites modifications devant être soumises à l'Autorité de Surveillance.

Le Conseil de Fondation ne peut délibérer valablement que si la moitié au moins de ses membres sont présents. A défaut, le Conseil de Fondation est reconvoqué et il délibère alors valablement si le tiers de ses membres est présent, tiers qui doit comprendre impérativement au minimum quatre représentants de la Confédération Suisse.

Article quatorzième :devoir de discrétion

Les membres du Conseil de Fondation sont tenus à un devoir de discrétion.

B.- BUREAUArticle quinzième :désignation du Bureau

Le Président, le Secrétaire et le Trésorier désignés par le Conseil de Fondation selon l'article douzième des présents statuts forment le Bureau dans la fonction que leur a attribuée le Conseil de Fondation.

Le Conseil de Fondation désigne en outre deux membres du Bureau, dont un choisi parmi les personnes désignées par la Confédération Suisse.

Leur mandat est de quatre ans, renouvelable.

Article seizième :

compétences du Bureau

Le Bureau assure la gestion courante de la Fondation dans le cadre du but de la Fondation et des décisions prises par le Conseil de Fondation.

Le Bureau prend ses décisions à la majorité de ses membres.

En cas d'égalité de voix, celle du Président est prépondérante.

Il représente la Fondation auprès des tiers.

Le Bureau nomme un Comité Technique formé de représentants des utilisateurs réguliers du Centre. Ce Comité comprend également des représentants des membres du Conseil de Fondation qui ont délégué du personnel académique et/ou de liaison auprès du Centre.

Ce Comité Technique a pour objectif de coordonner les aspects académiques et pratiques nécessaires au bon fonctionnement du Centre.

Le Bureau peut notamment :

- engager le personnel
- louer des locaux
- conclure des accords sur des projets de recherches, de formation et organiser des conférences

La Fondation est engagée par la signature collective à deux du Président, du Secrétaire ou du Trésorier.

C. - ORGANE DE CONTROLE

Article dix-septième :

désignation de l'Organe de Contrôle

Le Conseil de Fondation désigne l'Organe de Contrôle.

L'organe de Contrôle doit être une fiduciaire d'importance nationale choisie en dehors des membres du Conseil de Fondation.

Article dix-huitième :

compétences de l'Organe de Contrôle

L'Organe de Contrôle vérifie chaque année les comptes de la Fondation.

L'exercice comptable commence le 1er janvier et se termine le 31 décembre.

A cette date, il est dressé un bilan et un compte de pertes et profits.

Le premier exercice commence le jour de la constitution de la Fondation pour se terminer le 31 décembre de l'année suivante.

L'Organe de Contrôle établit chaque année un rapport écrit sur le bilan, sur les comptes de la Fondation et sur ses opérations de contrôle.

Ce document de contrôle est soumis au Conseil de Fondation.

TITRE IV

AUTORITE DE SURVEILLANCE

Article dix-neuvième :

Autorité de Surveillance

La Fondation est placée sous la surveillance de la Confédération Suisse. L'Autorité de Surveillance est le Département Fédéral de l'Intérieur.

TITRE V

DISSOLUTION

Article vingtième :

dissolution

Au cas où la Fondation ne pourrait plus continuer son activité, le Conseil de Fondation devra faire un rapport écrit sur la situation de la Fondation à l'Autorité de Surveillance.

- 13 -

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

La Fondation sera dissoute dans les cas prévus par la loi.

Bern, 28. November 1995

La proposition de décision de dissolution sera prise à la majorité des deux tiers des membres présents du Conseil de Fondation.

An den Bundesrat

En cas de dissolution, l'actif de la Fondation sera distribué à une institution suivant un but semblable.

Mitbericht

Les biens de la Fondation ne pourront en aucun cas faire retour aux fondateurs, ni être utilisés en tout ou partie de quelque manière que ce soit à leur profit ou à celui des donateurs, mais seront remis à une institution poursuivant un but analogue à celui de la Fondation.

Aucune mesure, en particulier aucune mesure de liquidation, ne pourra être prise sans l'accord exprès de l'Autorité de Surveillance qui se prononcera sur la base d'un rapport motivé.

La même règle s'applique en cas de fusion.

Ainsi fait à Genève, le

En foi de quoi les membres fondateurs ont signé le présent acte de fondation selon le document annexé aux présentes, document qui fait partie intégrante dudit acte de fondation.

Ruth Dreifuss



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, 28. November 1995

An den Bundesrat

Gründung einer Stiftung „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik“ (GZS)

Mitbericht

zum Antrag des EMD vom 14. November 1995

Wir sind mit dem Antrag *grundsätzlich einverstanden*, möchten aber folgenden Ergänzungsantrag stellen:

Neuer Punkt 5. im Beschlussdispositiv
5. EMD und EDA werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit bestehenden Forschungsinstitutionen auch die Anstrengungen in den Bereichen zivile Friedenserhaltung (peace-keeping) und Konfliktprävention zu fördern und die dazu erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Begründung

Wir begrüssen die mit dem vorliegenden Antrag beabsichtigte sicherheitspolitische Weiterbildung von Militärs und Diplomaten. Die Schweiz muss dabei ihren Beitrag leisten. Der Antrag ist aber angesichts der Möglichkeiten, welche Friedensforschung, Friedenserhaltung und Konfliktverhütung bieten und fordern u.E. zu eng umschrieben. Mit den jährlich 3.5 Millionen Franken stellt der Bund eine Summe für sicherheitspolitisches Grundlagenwissen zur Verfügung, das generell breiter abgestützt werden müsste. Weil das vorliegend nicht der Fall ist, beantragen wir ergänzend, dass der Bund andere vergleichbare Forschungsanstrengungen ebenfalls entsprechend fördern soll.

Zum Vergleich: Die Schweizerische Friedensstiftung in Bern arbeitet mit jährlich Fr. 250'000 aus nur bis 1996 zugesicherten EDA-Mitteln auf finanziell minimalem Niveau und ist dennoch international anerkannt. Das ist gemessen an den 3.5 GZS-Millionen unverhältnismässig wenig und zu unsicher. Die Schweiz darf das vorhandene Konfliktforschungs-Potential nicht länger brachliegen lassen oder nur einseitig nutzen. Mit dem Auftrag gemäss unserem Antrag sorgen wir dafür, dass parallel zum GZS oder in Zusammenarbeit mit ihm die nötigen friedenspolitischen Aktivitäten explizit auf einer breiten wissenschaftlichen Basis unterstützt werden.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

Ruth Dreifuss



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE
 DEPARTAMENT FEDERAL MILITAR

CH-3003 Bern 28. November 1995

An den Bundesrat

Ihr Zeichen
 Votre référence
 Vostro segno

Ihre Nachricht vom
 Votre communication du
 Vostra comunicazione del

Unser Zeichen 308.223
 Notre référence
 Nostro segno

☎ 031 / 67 324 51 66

Gründung einer Stiftung „Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GZS)“

Stellungnahme

zum Mitbericht des EDI vom 28. November 1995.

Wir sind mit dem Antrag des EDI nicht einverstanden und halten an unserem Antrag vom 14. November 1995 fest.

Begründung

Wir halten fest, dass das EDI mit unserem Antrag grundsätzlich einverstanden ist. Sein Vorschlag zielt darauf ab, das vorliegende Geschäft mit einem zweiten Sachgeschäft zu verknüpfen. Dieses betrifft primär EDI und EDA und muss losgelöst von der Frage des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik vom Bundesrat behandelt werden.

Das Kernanliegen des EDI ist, zivile Bereiche der Friedenserhaltung und Konfliktprävention zu fördern. Unser Antrag entspricht dieser Zielsetzung vollumfänglich. Das GZS wird so nicht nur in enger Zusammenarbeit mit dem IKRK, den Vereinten Nationen und dem Institut universitaire de hautes études internationales geschaffen, sondern wird unter seinem Dach u.a. auch folgende akademische und humanitäre Institutionen vereinen:

- Centre d'études pratiques en négociation internationale
- Institut international de droit humanitaire
- Pugwash Conferences (Träger des Friedensnobelpreises 1995)

Es besteht ferner die Absicht, eng mit allen akademischen und sicherheitspolitisch relevanten Institutionen des Landes eng zusammenzuarbeiten. Der ETH-Rat unterstützt daher das Projekt ebenso nachhaltig wie der Schweizerische Nationalfonds.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
DEPARTMENT MILITARE FEDERAL
DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE
DEPARTAMENT MILITAR



Diese Zusammenarbeit kann auch die Schweizerische Friedensstiftung einschliessen.

Es wäre verfehlt, auf Grund des Vorschlages des EDI, der vom Bundesrat als separates Geschäft behandelt werden sollte, eine Vorlage zu verzögern, die der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik die Chance eröffnet, umgehend konkrete und unmittelbare Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa zu leisten. Dies um so mehr, als unser Vorschlag nicht nur den internationalen Friedens-Standort Genfs stärkt, sondern gerade in Zeiten erneut wachsender Spannungen in Europa der Schweiz im Vorfeld ihrer OSZE-Präsidentschaft die Möglichkeit bietet, die wesentlichsten OSZE-Partner sowie international bedeutsamen humanitären Organisationen sowie die UNO zu einer gemeinsamen Initiative unter Aegide des Bundesrates zu bewegen.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
Der Chef

Adolf Ogi

Wir sind mit dem Inhalt des EDI nicht einverstanden und halten an unserem Antrag vom 14. November 1995 fest.

Wir halten fest, dass das EDI mit unserem Antrag grundsätzlich einverstanden ist. Sein Vorschlag zielt darauf ab, das vorliegende Geschäft mit einem zweiten Sachgeschäft zu verknüpfen. Dieses betrifft primär EDI und EDA und muss losgelöst von der Frage des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik vom Bundesrat genehmelt werden.

Die Kernanliegen des EDI ist zivile Bereiche der Friedenssicherung und Konfliktvention zu fördern. Unser Antrag entspricht dieser Zielsetzung vollumfänglich. Das GZS wird so nicht nur in enger Zusammenarbeit mit dem IKRK, den Vereinten Nationen und dem Institut universitaire de hautes études internationales geschaffen, sondern wird unter seinem Dach u. a. auch folgende akademische und humanitäre Institutionen vereinen:

- Centre d'études pratiques en négociation internationale
- Institut international de droit humanitaire
- Pugwash Conferences (Träger des Friedensnobelpreises 1995)

Es besteht ferner die Absicht, eng mit allen akademischen und sicherheitspolitisch relevanten Institutionen des Landes eng zusammenzuarbeiten. Der ETH-Rat unterstützt daher das Projekt ebenso nachhaltig wie der Schweizerische Nationalfonds.



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

29. Nov. 1995

Au Conseil fédéral

Constitution d'une fondation "Centre de politique de sécurité"

Corapport

relatif à la proposition du DMF du 14 novembre 1995

Nous sommes d'accord avec la proposition précitée. Nous tenons, toutefois à apporter la réserve suivante.

La participation de la Confédération à une fondation et le financement de ses activités doivent, selon la doctrine et la pratique, reposer sur une base légale formelle. Celle-ci fait, en l'occurrence, défaut.

Nous ne contestons pas l'utilité de la présente fondation et le bien-fondé d'une participation notamment financière de la Confédération à ses activités. C'est pourquoi nous ne nous opposons pas à la proposition du DMF. Il importe cependant d'assainir la situation juridique dans les plus brefs délais et de créer la base légale manquante, par exemple, en intégrant une disposition appropriée dans la nouvelle loi sur l'armée et l'administration militaire (RO 1995 4093 ss).

Au demeurant, nous assistons, depuis un certain temps, à une multiplication de telles propositions dépourvues de base légale. Aussi, notre accord à la présente proposition n'est donné qu'à titre exceptionnel et ne saurait, en aucune façon, préjuger de notre position de principe. Nous avons d'ailleurs l'intention d'être plus strict à l'avenir afin de faire respecter le principe de la légalité dans le domaine de l'administration de promotion ("Leistungsverwaltung").

